

Alternative Nachrichten für den Neckar-Odenwald

- Frühjahr 2021 -

Für Recht und Freiheit

www.afd-nok.de

Mosbach wie ausgestorben während des 1. Lockdowns

Corona-Politik

4

- ▶ Wieso erhöhte die Regierung die Ansteckungsgefahr?
- ▶ Fehlgeschlagene Corona-Bekämpfung
- ▶ Verletzung unserer Grundrechte

AfD

SUPERWAHLJAHR 2021

Liebe Bürgerinnen und Bürger, 2021 ist ein „Superwahljahr“. Der Bundestag wird neu gewählt, aber auch viele Landesparlamente, darunter Baden-Württemberg.

Superwahljahre zeichnen sich dadurch aus, dass plötzlich doch Geld für Projekte da ist, die zuvor viele Jahre warten mussten. Die Regierenden wollen

die Gunst der Wähler erkaufen. Teils wurden dafür über Jahre Schattenhaushalte angelegt, d.h. sogenannte „Haushaltsreste“ angesammelt, die nicht mehr der parlamentarischen Kontrolle unterliegen.

Lassen Sie sich davon nicht beirren. Blicken Sie zurück auf die letzten Jahre und überlegen Sie sich, ob es Ihnen jetzt besser geht als damals. Ob die

Regierung Ihre Erwartungen erfüllt hat. Oder ob vieles nicht hätte besser laufen können, wenn sie auch auf andere Meinungen gehört hätte. Und dann geben Sie bitte einer starken Opposition eine Stimme. Einer, die die Regierung auch wirklich kontrolliert.

Nur Wählen hilft, Frustration nicht. Vielen Dank.



2

Demokratie in Gefahr!

Der drohende Weg von Demokratie und Marktwirtschaft zum Staats-Sozialismus.



3

Sicherheit macht man nicht mit links!

Deutschland wurde zum „Dreh- und Angelpunkt“ internationaler Kriminalität. Doch die Zuständigen beschäftigen sich lieber mit Pseudo-Problemen.



3

„Dümmste Energiepolitik der Welt“

Das Ausland lacht über uns, der Bundesrechnungshof verzweifelt und die Regierung bereitet den „Verzicht“ auf Strom vor. Der Blackout.



6

Gesundheit ohne Preisschild!

- ▶ Krankenhäuser besser finanzieren!
- ▶ Zweifelhafte medizinische Behandlung
- ▶ Krisen-Gewinner



8

Unabhängige Medien?

- ▶ Wie abhängig ist die Presse?
- ▶ Werbeausgaben der Regierung explodieren
- ▶ Welche Prioritäten setzen ARD und Co.?



10

Regierung außer Kontrolle

- ▶ Hochmut & Vetterwirtschaft
- ▶ Die Kleinen hängt man, die Großen beschenkt man
- ▶ Rechtswidriges Handeln



Wörtlich zitiert
 »Politik ist, wenn man von den Bürgern etwas Unmögliches verlangt und sie dann dafür bestraft.«
Roland Tichy, 12.1.21

Demokratie in Gefahr!

Liebe Leserinnen und Leser, zweifellos befinden wir uns in schwierigen Zeiten. Und „Krisenzeiten sind politisch verführerisch.“, so kürzlich **Hans-Werner Sinn**. „Man muss nur Corona rufen, und schon fließen die Milliarden. Viele Gruppen nutzen die Chance, Dinge politisch durchzusetzen, die in normalen Zeiten nicht denkbar schienen.“

Die zahlreichen Rettungsmaßnahmen treiben den Anteil des Staates am volkswirtschaftlichen Geschehen in die Höhe. Die sogenannte **Staatsquote** stieg in Deutschland binnen eines Jahres um 9% auf 54%. Am Beispiel Commerzbank, an welcher der Staat mit enormen Verlusten seit 2009 beteiligt ist, sieht man, dass ein späterer Rückzug schwer wird. Ähnliches droht nun auch bei der Lufthansa, Tui und vielen weiteren. **Der Staat verabschiedet sich damit zunehmend von Marktwirtschaft & Demokratie.**

Diese gefährliche Entwicklung zieht sich durch alle Bereiche. Die Bundesregierung schafft es innerhalb weniger Stunden sämtliche vorgeschriebenen Phasen eines „Schutz-“Gesetzes durchzudrücken. Ein ähnlich schnelles Vorgehen gibt es sonst nur, wenn es um den eigenen Geldbeutel der Politiker geht. Im Landtag z.B. ging das bei der Luxuspension, die sich die Altparteien gönnen wollten, die aber die AfD mit öffentlichem Druck verhinderte. Bei „regulären“ und notwendigen Gesetzen (z.B. gegen Korruption) hingegen vergehen Jahrzehnte.

In der Folge wurden u.a. die weitrei-

chendsten Grundrechtseinschränkungen im kleinen Kreis beschlossen. **Beim Lockdown hatte die Regierung nur sechs Berater**, darunter niemanden aus Bereichen wie Psychologie, Erziehung oder Wirtschaft. Grundrechte wurden von Gremien außer Kraft gesetzt, die das Grundgesetz nicht vorsieht. Die Opposition erfährt aus der Presse von Beschlüssen - das Parlament wird verzichtbar.

Die CDU lässt sich zudem immer öfters von den Grünen die Agenda vorgeben - das geht weit über die Energiepolitik hinaus. Der Wähler denkt, dass „grün“ nicht regiert, doch über ihre zahlreichen Beteiligungen an Landesregierungen können die Grünen im Bundesrat nahezu alles blockieren und haben damit ein enormes Druckmittel. **Wer CDU wählt, bekommt Grün.**

Gleichzeitig kam heraus, dass der Verfassungsschutz **rechtswidrig** demokratisch gewählte Abgeordnete beobachtet. Das ist für eine Demokratie „bemerkenswert“. Und der Staat bezahlt nicht nur Spitzel, um die Opposition auszuspähen, er gibt den Einsatz von V-Leuten auch bereitwillig zu. Warum? Weil er innerparteilichen Unfrieden erzeugen will. Das nennt man **Zersetzung**.

Doch sind V-Leute nur Beobachter? Oder stacheln sie selbst eine **angebliche Radikalisierung und Straftaten an**? Darauf deuten nicht nur Erkenntnisse aus Verfahren anderer Parteien hin, sondern der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat Deutschland im Oktober 2020 **erneut**

wegen Verstoß gegen das Gebot eines fairen Verfahrens **verurteilt**, weil in **Strafverfahren rechtswidrige Tatprovokationen** vorangegangen waren.¹ Das illegale Handeln von V-Leuten ist daher mehrfach aktenkundig und **laut Gerichtshof rechtsstaatswidrig** - was manchen Behörden und Politikern aber offenbar egal ist. Seit Jahrzehnten kommt es immer wieder zur Aufdeckung gesetzwidriger Aktionen des Verfassungsschutzes.

Die Diskussion darum dient sowieso der **Ablenkung**. Die Öffentlichkeit beschäftigt sich mit **Pseudo-Problemen**, massive echte Probleme werden ignoriert (siehe „Sicherheit“ auf der n. Seite).



Dazu kommen aktiv verbreitete **Fake News**. Allerdings nicht von dubiosen „Rechten“, sondern vom Staat. Nur ein Beispiel: Bundesgesundheitsminister Spahn verbreitete Fehlinformationen zu Corona-Toten. Vermeldete Höchststände waren gar keine. Erwartungsgemäß wurden diese Falschmeldungen ohne zu hinterfragen von der staatsnahen Presse weiterverbreitet. Zudem setzte die Bundesregierung durch, dass ihre eigenen Informationen in Google bevorzugt angezeigt werden?. **Der Staat bestimmt, welche Nachrichten Sie (zuerst) sehen.** Das ist inakzeptabel in einer Demokratie.

Dann gibt es noch die Weltuntergangs-

¹ EGMR Urf. v. 15.10.2020, Az. 40495/15, 40913/15 und 37273/15
² gerichtlich wurde dies vorläufig gestoppt

propheten wie Karl Lauterbach. Der SPD-Chefapokalyptiker hat erkannt, dass er mit besonders schlimmen Warnungen besonders oft in Talkshows kommt. Mit seiner Panik vor Überlastung und Personalmangel wurde er im Coronajahr zum Talkshowkönig von ARD und ZDF. Pikant ist daran, dass er 2019 noch erklärte „**Wir haben zu viele Krankenhäuser.**“ Zusammen mit Spahn setzt Lauterbach als „**eingespieltes Team**“ (so seine Worte) die Gesundheitspolitik der Regierung um.

Mehr als 1,4 Billionen Euro hat die Corona-Krise den deutschen Staat bisher gekostet. Das zeigt einerseits: **es ist genug Geld da, wenn man nur will.** Und andererseits, dass nicht weiter Geld an den falschen Stellen verschwendet werden darf.

Gravierend auch die Staatsschulden unserer Nachbarn - inzwischen liegt der **Durchschnitt der EU-Staaten über den Maastricht-Kriterien!** Wer wird die sozialistischen Konkursländer durchfüttern?

Die Staatsschulden von heute sind die Steuererhöhungen von morgen. Wenn es schlecht läuft, entfacht diese Verschuldung zusätzlich eine allgemeine Inflation. Der Bürger wird dann doppelt geschädigt: durch weniger netto und Kaufkraftverlust.

Wir vertrauen der Demokratie. Aber wir misstrauen zahlreichen Regierenden, die sie in Gefahr bringen (siehe auch S. 11). **Helfen Sie uns, die Demokratie, die Freiheit und die Einhaltung unserer Gesetze zu verteidigen!**

Der Weg zum Staats-Sozialismus

	Demokratie & Marktwirtschaft	Phase 1 Erste Anzeichen	Phase 2 Gefährliche Anzeichen	Phase 3 Sozialismus Light	Sozialismus
Gesellschaft	Freiheit als Grundsatz	Freiheit leicht eingeschränkt	Freiheit stark eingeschränkt ✓	Hausarreste und Ausgangsverbote	Freiheit als Ausnahme
Presse	Freie, unabhängige Medien	Staatliche Medienabgabe & staatl. Zuschüsse ✓	Medien vorwiegend staatlich finanziert	Staatsmedien	Verbot freier Medien
Kritiker	Freie Meinungsäußerung	Cancel Culture, Shadowban, Kritiker kommen weniger zu Wort ✓	Unternehmen müssen zensieren (z.B. Facebook, Google)	Kritiker werden eingesperrt („zum Schutz“)	Ermordung von Kritikern
Eigentum	Eigentum gewährleistet	Enge Regeln für Nutzung v. Eigentum ✓	Teilweise Enteignungen	Entschädigte Enteignungen	Enteignungen
Geldpolitik	Freie Geldwirtschaft	Negativzins	Staatsfinanzierung durch Zentralbank ✓	Abschaffung Bargeld	Zentralbank unter staatlicher Kontrolle
Wirtschaft	Freier Markt (leicht reguliert)	Freier Markt (stark reguliert)	Staat „rettet“ Unternehmen ✓	Zentrale Planung	Staatwirtschaft
Wissenschaft	Frei & unabhängig	Anreize durch Ziele und Quoten	Eng mit Politik verbandelt ✓	Wissenschaft nach Wunsch der Politik	Pseudo-Wissenschaft

Wörtlich zitiert
 »Die Corona-Krise ist eine große Chance. Der Widerstand gegen Veränderung wird in der Krise geringer.«
Wolfgang Schäuble am 21.8.20



(Un-)Gehorsam
 »Historisch gesehen resultieren die schlimmsten Dinge - Krieg, Völkermord, Sklaverei - nicht aus Ungehorsam, sondern aus Gehorsam.«
 Prof. Howard Zinn, †2010



Sicherheit macht man nicht mit links!

Kürzlich wurde im Nachbar-Landkreis ein weltweit gesuchter Mafiaboss verhaftet. Eine Überraschung? Kaum. Schließlich ist deren Anwesenheit spätestens seit der „Pizzeria-Affäre“ von Günther Oettinger bekannt (nicht zu verwechseln mit der grün-schwarzen „Pizza-Connection“). Auch zumeist aus dem arabischen Kulturkreis stammende Clans (von denen nicht wenige als „Kriegsflüchtlinge“ ins Land kamen) fühlen sich pudelwohl bei uns und haben sich derart ausgebreitet, bis ihre Existenz nicht mehr geleugnet werden konnte. Natürlich ist Deutschland auch „Dreh- und Angelpunkt“ für Menschenhändler, so die Erkenntnis des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im Januar. Bekannt war das allerdings schon wesentlich länger - sofern man die Augen nicht verschlossen hat.

Selbstverständlich kehren auch ehemalige Kämpfer des Islamischen Staats gerne nach Deutschland zurück.

Angeschlossene Mafiabosse lassen sich zu uns zur Behandlung einfliegen, weil der deutsche Steuerzahler dann für die Sicherheit des „Patienten“ vor gegnerischen Clans aufkommt. Geldwäsche ist im „Drogenparadies Deutschland“ optimal möglich, so steht es beim Bund Deutscher Kriminalbeamter. Der Bundesrechnungshof kritisiert politisches Versagen im Kampf gegen Geldwäsche - jährlich rund **100 Milliarden Euro**.

Dschihadisten und islamistische Terrororganisationen werden von Deutschland finanziert. Und „legalistischen Islamisten“ setzt man nichts entgegen, die heimlich ihren Gottestadt nach den Regeln der Scharia errichten - eine Taktik, die so schon in der Türkei zur Macht verhalf.

Bei uns fühlen sich also Kriminelle aus aller Welt wohl. Der Richterbund erklärte 2018, dass die Staatsanwalt-

schaften inzwischen jeden vierten Fall ohne Auflagen einstellen - mehr als 1,2 Millionen Fälle pro Jahr. Überlastung mit System. Nebeneffekt für die Innenminister: [Diese Fälle tauchen nicht in der Kriminalstatistik auf!](#) Haftbefehle werden zu Tausenden aufgehoben; Gründe (wie „Corona“) findet man immer. Vielfach vorbestrafte Clan-Größen erhalten gar die 27. Duldung, eine Abschiebung erfolgt Jahrzehnte nicht.

Damit es selbst Kleinkriminellen nicht langweilig wird, gibt es noch die verharmlöse „Party- und Eventszene“. Zudem kann man sich darauf verlassen, dass es stets eine „Demo gegen rechts“ gibt, völlig egal ob die Täter Linksextremisten, Ausländer oder sonstwer war. Und in welcher Demokratie sonst werden sogar bekennende



Linksextremisten zu Verfassungsrichtern?

Was aber, wenn es trotz allem zu Ermittlungen gegen einen Kriminellen kommt? Dann weiß jeder, dass man nur laut „Diskriminierung“ schreien muss! In unserer rot-rot-grünen Vorzeige-Hauptstadt wurde die Beweislast per Gesetz umgedreht - ausgerechnet die Polizisten im Kriminalitäts-Hotspot Berlin stehen unter Generalverdacht. [Durchgedrückt haben das die Grünen. In Berlin kamen sie mit nur 15,2% in die Regierung.](#)

„Die dümmste Energiepolitik der Welt“

so titelte die internationale Tageszeitung „The Wall Street Journal“ 2019 über Deutschland. Höflicher drückte es der Bundesrechnungshof aus: „Der enorme Aufwand und die starke Belastung der Bürger und Wirtschaft stehen in krassem Missverhältnis zum bisher dürftigen Ertrag der Energiewende.“

Die Regierung reagierte darauf mit der Erklärung sie sehe „keinen Handlungsbedarf“. Der Rechnungshof erklärte auch schon 2018, dass Deutschland laut Ranking des World Economic Forum seine selbst propagierte internationale Vorreiterrolle verloren hat und nicht mal mehr unter den zehn erfolgreichsten „Energie-wendeländern Europas“ ist.

Zu den Fakten: Deutschland benötigt **über 80 Gigawatt** (1 Gigawatt sind eine Milliarde Watt) an zuverlässiger Stromerzeugung. Mit der politisch geförderten Zunahme an Elektroautos und dem Ersatz von Ölheizungen durch Elektrowärmepumpen kann der Bedarf in den nächsten Jahren auf 120 Gigawatt ansteigen.

Die Öffentlichkeit wird dabei getäuscht durch Meldungen wie „unser Strom kam zu über 50% aus erneuerbaren Energien“. Das mag stimmen, doch bei unpassendem Wetter liefern Wind und Sonne auch mal nur rund 1 Gigawatt. Zusammen mit Wasser- und Biomassekraftwerken schaffen die erneuerbaren Energien **nur etwa 17 Gigawatt gesicherte Leistung**.

Durch den Atom- und Kohleausstieg wären rund 75 Gigawatt durch Gaskraftwerke notwendig, das sind über 100 Gaskraftwerksblöcke! Stattdessen geraten die vorhandenen rund 30 Gigawatt Gas-Kapazitäten durch die EU-Umweltgesetze noch unter Druck.

Selbst der Bundesverband der Solarwirtschaft stellte fest, dass bald eine **Stromlücke von bis zu 30 Gigawatt Leistung droht**. Rein rechnerisch entspricht das mehr als 20 großen Kernkraftwerken oder rund 40 Kohlekraftwerksblöcken. Die seit Jahrzehnten versprochenen **Langzeitspeicher gibt es bis heute und auf absehbare Zeit nicht**. Deutschland importiert daher zunehmend Strom, am meisten aus Frankreich, welches zu 72% Kernenergie hat.

Blackout: Voraussichtlich ab 2023 wird der europäische Stromverbund die deutsche Stromlücke nicht mehr schließen können. Schon heute muss die Bundesnetzagentur regelmäßig geplante Kraftwerks-Stilllegungen untersagen, weil die Kraftwerke nötig sind. Unlängst legte das Bundeswirtschaftsministerium einen Gesetzesentwurf vor, der **Stromabschaltungen regeln** sollte. Es wird spannend, wie künftig geregelt wird, **wer wann auf Strom verzichten muss**. Bei einer „marktbasierten Lösung“ könnten sich nur noch Reiche ohne Einschränkungen Strom leisten. Aber für höhere Preise demonstrieren viele junge Menschen bekanntlich sogar.

Stromausfälle (Blackouts) sind lebensgefährlich. Viele Menschen benötigen Strom für Heizung und Warmwasser oder für ihre Elektroautos. Ebenso benötigt die Infrastruktur Strom, wie Züge, Ampeln, Fahrstühle. Ohne sichere Stromversorgung werden wir zum **Entwicklungsland**.

Wozu das alles?

1990 war Deutschland für 7% der globalen Emissionen verantwortlich, 2017 nur noch für 2%.

In vielen Wirtschaftsbereichen ist es unmöglich den CO₂-Ausstoß komplett auf null zu bringen. Die meisten Staaten, die das Klima „retten“ wollen, haben daher als Ziel eine „Netto-Null“: CO₂-Ausstoß wird es weiter geben, doch werden die emittierten Mengen wieder aus der Atmosphäre zurückgeholt. In Deutschland haben jedoch Lobbyisten erneuerbarer Energien verhindert, dass wir auf diese Weise klimaneutral werden. **Es geht ums Geld - nicht ums Klima**.

Die dümmste Energiepolitik betrifft selbstredend auch die Automobilindustrie. Lösungen wie synthetische Kraftstoffe bekommen keine reelle Chance. Tatsachen wie schlechtere oder gleichbleibende Luft-Messwerte bei weniger Verkehr werden ignoriert. Die Beispiele sind zahlreich. **Hauptsache der Bürger bezahlt immer höhere Abgaben und Steuern. Und viele freuen sich darüber sogar!**



SOZIALPOLITIK

+++ Flüchtlinge: Dänemark hat die härteste Asylpolitik Europas. Nicht Integration ist das oberste Ziel der Regierung, sondern die schnellstmögliche Rückführung der Menschen in ihre Herkunftsländer. Die dänischen Sozialdemokraten gehen dabei weit über jede Forderung der AfD hinaus. Trotzdem ist die SPD im EU-Parlament mit den dänischen Sozialdemokraten in einer Fraktion und arbeitet auf Europaebene mit ihnen zusammen. Ist das verlogen?

+++ Kita-Gebühren: 96% der Eltern in Baden-Württemberg müssen für einen Kindergartenplatz bezahlen. Noch mehr sind es nur in Brandenburg. Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen! Und Baden-Württemberg darf nicht für die Bildung in anderen Ländern zahlen, während die Eltern hier im Stich gelassen werden.

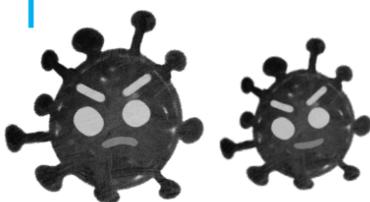
+++ Schülerbeförderung: Auch die Beförderung der Schüler muss - als Teil der Bildung - kostenlos sein. Die AfD beantragte dies daher bereits mehrfach im Rahmen der Haushaltsverhandlungen, natürlich mit der nötigen Gegenfinanzierung. **+++**

Ein neues Virus taucht auf. Selbstverständlich muss darauf Schritt für Schritt reagiert und die Politik immer wieder angepasst werden. Das gilt für die Regierung, genauso wie für die AfD.

Die Regierung hat falsch gemacht, was sie nur falsch machen konnte und sie kaschiert zahlreiche ihrer Fehler mit **Märchen**. Seit Jahren werden Pandemie-Szenarien geübt. Nach der SARS-Pandemie 2002/2003 bereiteten sich nahezu alle asiatischen Staaten gründlich auf künftige Pandemien vor. Auch die EU gründete das European Centre for Disease Control (ECDC), welches seit 2017 sogar von einer Deutschen geleitet wird.

Trotzdem unterschätzte unsere Regierung die Situation, leugnete Probleme über Monate und tat warnende Stimmen als „**Verschwörungstheoretiker**“ ab. Gesundheitsminister Spahn bezeichnete Corona als „**weniger schlimm als eine Grippe**“.

Hätte die Regierung, wie von der AfD gefordert, die Grenzen kontrolliert und Einreisende konsequent unter Quarantäne gestellt, dann hätte sie später nicht die ganze Bevölkerung unter Arrest stellen müssen.



Wirksame Prävention wurde nie erreicht, das neue ECDC hat zwar Pöstchen für ein umfangreiches „Management Board“ geschaffen, aber spielte keinerlei Rolle. Stattdessen will EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) jetzt **noch eine weitere neue EU-Behörde** gegen künftige Pandemien! Auch die WHO bekleckerte sich nicht mit Ruhm. Die Regierungen jedes Staates wursteln selbst vor sich hin.

Bereits diese Tatsache zeigt, dass die Wissenschaft extrem unsicher ist und es viele alternative Wege gibt. Wieso wurden Debatten darüber monatelang verhindert? In der Presse wurde über Maßnahmen anderer Staaten nur größer berichtet, wenn diese entweder noch strenger waren oder wenn diese (nach Meinung der Presse) schief gingen. In der Bundespresskonferenz fragte die ausländische Presse teils kritischer nach, während die deutsche Presse schwieg.

Als unsere Regierung dann wach wurde, verfiel sie in Aktionismus. Überzogenen Maßnahmen ruinieren die Wirtschaft, gleichzeitig versagte sie bei Elementarem wie der Auszahlung von unbürokratischen Hilfen.

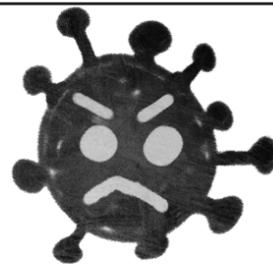
Selbst der Senat des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg verstand nicht mehr, „**welche rechtlichen Vorgaben nach Vorstellung der Landesregierung in Schulen gelten sollten**“. Wie sollen es da die Eltern

und Schüler verstehen?

Über den Sommer hatte sie dann die Chance sich wirkungsvolle Maßnahmen zu überlegen und Vorbereitungen zu treffen. Stattdessen schloss sie erneut Einrichtungen, die nicht zur Ausbreitung beitragen und wunderte sich dann, dass die „Zahlen“ nicht besser wurden. Die **Johns Hopkins University** (Maryland, USA) untersuchte die Effektivität der Maßnahmen in über 40 Ländern und zeigte auf, dass die Schließung von Läden, Fitnessstudios, Kinos und Nachtclubs nicht zweckmäßig ist. Und obwohl Drogen die Studie kannte, hielt die Regierung an weiteren Lockdowns fest. Ebenso bezweifelt eine Studie der **Universität Stanford** die Wirkung von harten **Lockdowns**.

Die AfD brachte im Bundestag seit Beginn der Corona-Maßnahmen über 30 Anträge ein, die die unangemessene Beschneidung unserer Grundrechte thematisierten. Die AfD hat zudem einen Untersuchungsausschuss zum Handeln der Bundesregierung in der Covid19-Pandemie beantragt. Im Landtag ging es der AfD primär um die Sicherung des Haushaltes, um

die Bürger nicht weiter zu belasten. Dazu gehörten zahlreiche **Ein-spar-Vorschläge**, die später ähnlich auch vom Bund der Steuerzahler und vom Landesrechnungshof kamen. Zu den zahlreichen Vorschlägen gehörte auch eine **Kürzung der Abgeordneten-Diäten und der Bezüge der Regierung**. Zudem brachte die AfD-Fraktion einen umfangreichen Antrag zum Strategiewechsel in der Corona-Bekämpfungspolitik ein.



Kritisch nachgedacht

Ist es sinnvoll, wenn Medizintechnik und Pharmaindustrie in den Aufsichtsräten unserer Kliniken und den Universitätsräten sind?



Fehlschläge der Regierung

Prävention: Seit Jahren lagen unter Mitarbeit des RKI erstellte Risikoanalysen zu Pandemieszenarien vor. Vorbereitet war man trotzdem nicht.

Quarantäne für Reisende: Andere Staaten begannen schon im Januar 2020 Einreisende zu untersuchen. Asiatische Staaten zeigen den richtigen Umgang mit Pandemien:

Möglicherweise bereits eingereiste Infizierte müssen schnell identifiziert und isoliert werden, was entweder durch **High-Tech** geht (Tests, Kontaktverfolgung) oder durch **Low-Tech** (Massen-Quarantäne) – beides ist besser als die komplette Bevölkerung des Einreiselandes später einzusperren.

Schutzartikel verschenkt: Kurz vor dem ersten Lockdown verschenkte Außenminister Heiko Maas (SPD) mehrfach Schutzartikel. Danach erklärte Bundesgesundheitsminister Spahn (CDU), dass man sich „auf eine Knappheit“ einstellen müsse und er erwäge, Schutzausrüstung zu beschlagnahmen. Die Regierung erließ dann ein Exportverbot für die zuvor selbst verschenkten Artikel.

Untätigkeit: Über den Sommer hätte die Regierung Lösungen für den Winter erarbeiten müssen. Vorstellbar sind z.B. Lüfter für Schulen, einheitliche Online-Lernkonzepte, eine bessere Ausrüstung der Kliniken und Pflegekräfte, mehr Mitarbeiter in den Gesundheitsämtern, eine Bundeswehr in Alarmbereitschaft mit eingeteilten Ex-

perten für IT, Pflege, Ärzte, usw., Masken und Schnelltests für Pflegeheime, usw. Auch hätte eine breite Schulung zur Bedienung von Beatmungsgeräten und der Behandlung von Isolationspatienten erfolgen müssen.

Risikogruppen nicht geschützt: Japan hat trotz Rekord-Alter der Bevölkerung die niedrigste Mortalität der Industrieländer. Das zeigt, dass der Schutz von Risikogruppen möglich ist. Sie haben die höchste Inzidenz. Die meisten „Corona-Toten“ stehen im Zusammenhang mit Pflegeeinrichtungen. Ihr gezielter Schutz wäre möglich gewesen, statt die Gesamtbevölkerung einzuschränken. Das zeigen sowohl Städte wie Tübingen bei uns, als auch ganze Staaten.

Deutschland hat zudem eine ABC-Abwehr (ca. 2250 Dienstposten) der Bundeswehr, die früh hätte eingesetzt werden können, wenn in Pflegeheimen die Todesfälle massiv steigen.

Beatmungsgeräte verschenkt: Es war Konsens, dass eine zweite Welle kommt. Trotzdem stornierte die Regierung im September die Bestellung tausender Beatmungsgeräte und verschenkte hunderte! Wie kann sie kurze Zeit später wieder einen Mangel an Intensivplätzen erklären?

Lockdown-Schäden ignoriert: Zu den Folgen der Lockdowns zählen nicht nur wirtschaftliche Schäden. Durch die Nicht-Behandlung anderer Krankheiten kam es zu unzähligen To-

ten, unterbrochenen Psychotherapien, einem Anstieg an häuslicher Gewalt, an Suiziden und an Herz-Kreislauf-Erkrankungen (**Haupt-Todesursache in Deutschland!**) durch Gewichtszunahme und Einschränkung der Sportangebote, etc. Die Behandlung von Herzinfarkten ging um bis zu 40% zurück. **Auch Kinder leiden enorm.**

In Luxemburg begründete man die Lockerungen eines Lockdowns Anfang Januar damit, dass die **Zahl der psychisch Kranken zu stark stieg!** Bei uns verschärfte man den Lockdown.

Prioritäten: Wie soll man verstehen, dass einerseits sofort Milliarden für Konzerne verfügbar waren, aber kleine Unternehmer und gemeinnützige Organisationen über Monate auf Geld warten mussten? Allerdings stellt sich auch die Frage, ob mit Corona-Hilfen wirklich Arbeitsplätze gerettet werden sollen oder nicht doch (wieder) Banken?

Digitalisierung verschlafen: Die meisten modernen Staaten konnten ihren Unterricht an Schulen und Universitäten einfach online fortsetzen. Bei uns musste jede Schule für sich eine Lösung zusammenbasteln. Und viele Schüler sitzen zu Hause in Funklöchern.

Qualität nicht geprüft: Der Skandal um mögliche Ramschware mit gefälschten Prüfsiegeln, die als Masken noch schnell zum Jahresende an Leher gingen, zeigt Kontrollmängel.

Veraltete Daten: Die Daten des Meldesystem sind Wochen veraltet. Trotzdem entschied die Regierung auf deren Grundlage über die Einschränkung von Grundrechten!

Tests: Der zur Diagnose von Corona-Infektionen verwendete PCR-Test wurde von der Weltgesundheitsorganisation WHO offiziell für ungeeignet erklärt.

Behandlung: Die Antikörper-Medikamente, die die Infektion von Donald Trump in kürzester Zeit heilten, kaufte unsere Regierung erst nach Trumps Abdankung. Damit wurden Erkrankten über Monate wirksame Medikamente vorenthalten! Zudem wurde deren Forschung nicht unterstützt.

Studien ignoriert: Warum reichen in anderen Staaten 10 Tage Quarantäne, wir aber brauchten 14? Spätestens im Dezember war bekannt, dass sogar 5 Tage Isolation langen könnten. Unnötig lange Quarantäne schädigt unnötig die Gesellschaft und die Wirtschaft.

Experten ignoriert: Sogar das RKI warnte im Privatgebrauch ausdrücklich vor FFP2-Masken. „**Nicht umsonst sei im Arbeitsschutzgesetz vorgeschrieben, nach zweistündigem Tragen eine Pause einzulegen.**“ Trotzdem führte man eine FFP2-Pflicht in vielen Bereichen ein.

Wieso erhöhte die Regierung die Ansteckungsgefahr?

Im März 2020 erklärte Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut (CDU): „**Je weniger Menschen gleichzeitig einkaufen gehen, desto niedriger ist die Ansteckungsgefahr.**“ Die Regierung erlaubte daher während dem ersten Lockdown den Supermärkten sonntags zu öffnen, um den Besucherverkehr zu entzerren (was aber aus Personalmangel kaum genutzt wurde). Beim zweiten Lockdown reduzierte sie durch Ausgangssperren die Öffnungszeiten hingegen drastisch, teils um vier Stunden täglich. **Damit erhöhte man folglich die Ansteckungsgefahr.**

Da die Restaurants geschlossen wurden, aber das Abholen von Essen erlaubt war, stellt sich auch die Frage, ob nach den Vorstellungen der Regierung die Servierer die Infektionen hochtreiben? Fakt ist: durch den Wegfall der Gastronomie wurden **noch mehr Bürger in die überfüllten Supermärkte getrieben. Das Infektionsrisiko stieg.**

Ebenso unverständlich, wieso im Lockdown Drogerien weiter Spielzeug, Schreibwaren, Parfüm und Multi-Media verkaufen durften, während man Fachmärkte für diese Produkte geschlossen hat. Das ist nicht nur **Willkür** und staatliche Benachteiligung,

sondern die Regierung schaffte damit **verstärkte Menschenansammlungen** in den Drogerien, wo (mangels Alternativen) vermehrt Weihnachtsgeschenke gekauft wurden. Dasselbe gilt auch z.B. für Real, der weiter Schuhe, Klamotten, Spielwaren und Multi-Media verkaufte. Blumen im Fachgeschäft waren verboten (außer es verkauft auch Tierfutter), im Supermarkt aber erlaubt. Und während Frisöre schließen mussten, durften Perückenmacher weiter öffnen, da dies „medizinischer Bedarf“ ist. Warum waren Baumärkte beim ersten Lockdown systemrelevant, aber beim zweiten nicht?

Zudem hat die Regierung mit der nur temporären Senkung der Mehrwertsteuer gezielt Anreize gesetzt, die die Bevölkerung **explizit zum Einkaufen** und damit **in die Läden treiben sollte**. Die AfD fordert schon lange eine **generelle** Senkung der Mehrwertsteuer, was insbesondere Menschen mit wenig Einkommen entlasten würde. Eine generelle Entlastung würde auch nicht Verkäufe zum Jahresende hin fördern.

Zudem hat man in Nachbar-Bundesländern erlaubt, dass der geschlossene Einzelhandel zumindest noch Waren zum kontaktlosen Abholen anbieten durfte. Die Regierung von

Baden-Württemberg hat es erst ab dem 11. Januar erlaubt und sabotierte damit völlig unnötig den Einzelhandel weiter. **Zudem förderte sie so die Ausbreitung von Infektionen über Grenzen hinweg**, da die grenznah lebenden Bürger natürlich zum Einkaufen in andere Bundesländer und Nachbar-Staaten fuhren.

Die Radius-Einschränkungen ab Januar sorgten in Ballungsräumen dafür, dass die wenigen im Radius verbliebenen Freizeitalternativen von **umso mehr Menschen aufgesucht** werden, so die Kritik von ignorierten Virologen. In Baden-Württemberg, wo eine Wahl ansteht, war der Aufschrei aber offenbar zu groß, sodass die Regierung ausscherte. Ganz nach dem **Motto von Jean-Claude Juncker**.

Es stellen sich noch viele weitere Fragen, bei denen die Regierung das **Infektionsrisiko weiter erhöhte...**

- Warum hat die Regierung den Krankenhäusern gerade dann, als die Patientenzahlen mit Covid-19 wieder exponentiell stiegen, die finanziellen Mittel massiv eingeschränkt?
- Wieso hat man kurz vor Weihnachten Millionen **Risikopatienten gleichzeitig in die (unvorbereiteten) Apotheken gelockt**, wo sie kostenlose Masken be-

Wörtlich zitiert

»Man kann sich gar nicht so viel Unsinn ausdenken, wie aktuell in dieser Landesregierung und in diesem Sozialministerium verbrochen werden.«

Landesvorsitzender der Polizeigewerkschaft Ralf Kusterer am 22.12.20

kommen sollten? Warum schickte man diese nicht zu oder koordinierte über die Krankenkassen?

- Wieso gab es sogar ganz offiziell (!) **Sonderregeln für Politiker?**
- Und warum löste sie die Beschaffungs- und Verteilstelle für Masken und Schutzausrüstung im Juni auf, trotz erwarteter zweiter Welle?

Die Maßnahmen der Regierung waren und sind also bestenfalls völlig undurchdacht, schlimmstenfalls Vorsatz, denn (so traurig es auch ist) ohne explodierende Zahlen kann sie die Verletzung unserer Grundrechte nicht rechtfertigen.

Salamitaktik

»Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter - Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.«

Jean-Claude Juncker, 27.12.99



Verletzung unserer Grundrechte Wie geht es nach „Corona“ weiter?

Nachdem Richter und Verfassungsrechtler (ebenso wie die zeitweise einzige Opposition) massive Zweifel übten, dass das Infektionsschutzgesetz die weitreichenden Eingriffe in die Grundrechte unter dem Vorwand der Bekämpfung der Pandemie rechtfertigt, beschlossen CDU und SPD ein neues Infektionsschutzgesetz. Obwohl dieses inhaltlich mit dem Wort „**Ermächtigung**“ um sich schmeißt wurde umso empörter jeder Vergleich mit einem Ermächtigungsgesetz abgewiesen.

Es ist bezeichnend, dass die Regierung einerseits erst reagierte, als zunehmend Klagen verloren gingen. Schon am ersten Tag des zweiten Lockdowns überrollten Klagewellen die Gerichte, schließlich beschloss die Runde der Regierungschefs vorsätzlich Maßnahmen, die bereits mehrfach von Gerichten aufgehoben wurden. **Damit ignorierte man bewusst die Gewaltenteilung, verstieß gegen den Gleichheitsgrundsatz, gegen die Verhältnismäßigkeit und hatte keine gesetzliche Legitimation.** Andererseits ist es ebenso bezeichnend, dass das folgende Gesetz mit einer Schnelligkeit verabschiedet wurde, die es **keinem Abgeordneten möglich machte, Änderungsanträge ernsthaft zu prüfen.** Das Gesetz ist daher ein „**Persilschein für die Exekutive**“, so der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts Prof.

Hans-Jürgen Papier, der genauso wie andere Verfassungsrechtler und der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages erhebliche juristische Probleme sieht.

Die Verletzung der Prinzipien wissenschaftlicher und ethischer Redlichkeit wurde derart weit getrieben, dass sogar Mitglieder die Nationale Akademie der Wissenschaften „Leopoldina“ massiv kritisierten bzw. sogar austraten, weil deren Empfehlungen (Lockdown) **nicht wissenschaftlich zu rechtfertigen** waren.

Doch die Regierung machte weiter mit unverhältnismäßigen und unwirksamen Maßnahmen. Als sie einen „15-Kilometer-Radius“ wollte, kritisierte der Göttinger Verfassungsrechtler Prof. Dr. Alexander Thiele die Regelung im Hinblick auf den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und den Gleichheitssatz. Es sei „**völlig unklar, inwiefern sich die Regelung als pauschal geeignet und als das relativ mildeste Mittel zur Eindämmung der Pandemie erweist**“. Ebenso äußerte der emeritierte Staats- und Verfassungsrechtler Prof. Dr. Ulrich Battis seine Bedanken im Hinblick auf den Bestimmtheits- und den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) zog die beispiellosen

Beschneidungen der Grundrechte im Rahmen der Corona-Politik als Beispiel für die zukünftige Klimapolitik heran. „**Wenn die Erderwärmung stark zunimmt, dann können wir nicht ohne Gebote und Verbote auskommen.**“ Auch die SPD hat wohl kaum ein Problem mit dauerhaften Einschränkungen, wie die Forderung von Karl Lauterbach nach einem **unbefristeten** Lockdown zeigte.

Genau davor warnt die AfD seit Monaten: Anhänger eines autoritären Staates sehen „Corona“ als Chance. Sie wollen dauerhaft Einschränkungen. Gründe findet man immer. Auch zur Terrorbekämpfung wurden Grundrechte eingeschränkt und aus „vorübergehend“ wurde dauerhaft.

Der Chefredakteur der NZZ dazu am 08.01.21: „**Manche Politiker können sich ein Leben ohne Bevormundung der Bürger offenbar nicht mehr vorstellen. Sie möchten den Ausnahmezustand künstlich verlängern.**“ und unter Bezug auf Heribert Prantl: „**Grundrechte sind keine Privilegien, die man sich erst durch ein bestimmtes Handeln oder durch ein bestimmtes Verhalten verdienen kann oder verdienen muss.**“

Offensichtliche Verfassungsfeinde, wie manche Minister, verstehen diesen Grundsatz leider nicht.

Grundrechte heißen so, weil sie jeder Mensch ohne Bedingungen hat.

GRUNDGESETZ
Bundesrepublik Deutschland

Politische Realität

»Corona werden wir überwinden. Aber **Politik, die ihre eigene Realität erfindet, um ihre schwerwiegenden Fehler durch Propaganda-Beschallung zu verschleiern – das ist auf Dauer eine Gefahr für jede Demokratie.**«

Julian Reichelt (BILD) am 28.12.20

Krankenhäuser besser finanzieren!

Deutschlandweit gab es 1991 noch 2.411 Krankenhäuser, 2018 waren es nur noch 1.925, also 20% bzw. knapp 500 weniger.

Der Abbau unseres Gesundheitssystems seit vielen Jahren wiegt besonders schlimm. Die Regierung hat Prämien für das Schließen von Krankenhäusern bezahlt. Sie hat viel zu wenig Ausbildungsplätze für medizinisches Fachpersonal und Ärzte geschaffen und nichts unternommen, um die massive Auswanderung von qualifiziertem Personal zu bremsen. Sie hat stattdessen unzählige Betten abbauen lassen. [Die Intensivstationen waren schon vor Corona am Limit.](#)

2018 erklärten **82%** der Intensivmediziner in einer Befragung, dass die Notfallversorgung beeinträchtigt ist und nahezu in jedem Krankenhaus waren Betten der Intensivstationen aufgrund von Personalmangel gesperrt. 2020 verschlechterte sich dieser Zustand logischerweise, sodass noch mehr Intensivbetten nicht genutzt werden konnten oder Personal aus anderen Stationen abgezogen werden musste, sodass wiederum die Behandlung anderer Krankheiten zu kurz kam.

Jedes Jahr werden zudem zahlreiche Fachgebiete in den Krankenhäusern geschlossen. So gab es in Baden-Württemberg 1997 noch **104** Kliniken mit

Frauenheilkunde und Geburtshilfe, während es 2017 nur noch **62** waren. Ähnlich sieht es bei vielen Fachabteilungen aus, z.B. der Augenheilkunde (43 zu 24 reduziert), der Chirurgie (124 zu 72) und dem besonders umfangreichen Fachgebiet der Inneren Medizin (von 132 auf 70 reduziert).

Traurig: selbst nach Corona halten Bundesgesundheitsminister Spahn (CDU) und Sozialminister Lucha (Grüne) die Ausdünnung der Krankenhäuser weiter für sinnvoll! Oft werden Kliniken zu sogenannten „Medizinischen Versorgungszentren“ (MVZ) oder Rehakliniken umgewandelt. Diese sind lukrativ für **Finanzinvestoren**.

Entgegen der Meinung der Ministerien werden in Zeiten des demografischen Wandels aber nicht nur noch hoch spezialisierte Krankenhäuser benötigt, sondern gerade auch regionale Kliniken.

Die Gefahr ist groß, dass es nach den Corona-Hilfen heißt **„Jetzt ist kein Geld mehr da. Wir müssen sparen. Besonders an den kleinen Kliniken.“**

Nachgedacht

Dem letzten US-Präsidenten haben Presse und Altparteien gerne die Verantwortung für „Corona-Tote“ gegeben (Bei Staaten mit höheren pro-Kopf-Todeszahlen als den USA, wie Belgien, Italien oder Tschechien, machte keiner die Regierung persönlich verantwortlich). **Dieselben Medien empören sich aber, wenn bei uns Politiker für vermeidbare Tote verantwortlich gemacht werden.**

Wer übernimmt die Verantwortung für die ca. 20.000 bis 40.000 jährlichen Verstorbenen durch multiresistente Keime in dt. Krankenhäusern? Oder für die Toten durch zu lange Rettungszeiten? Durch die Gabe falscher Medikamente und Behandlungsfehler aufgrund von Überlastung und Personalmangel? Warum werden andere vermeidbare Todesursachen seit Jahren ignoriert?

Zweifelhafte medizinische Behandlung

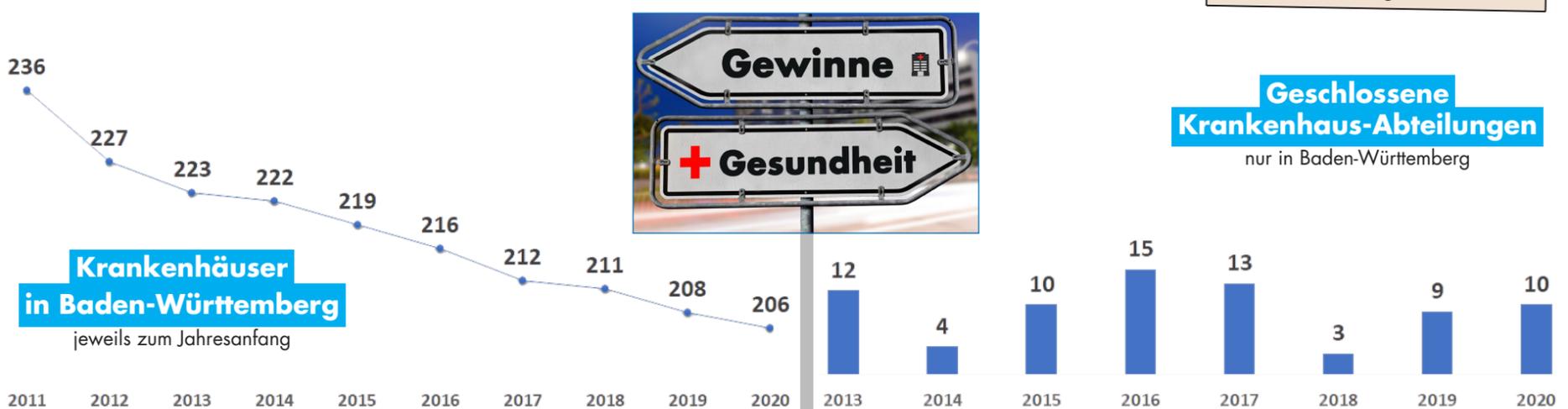
Noch direkt vor „Corona“ kritisierten Pfleger und sogar die Medien, dass mit einer **„zumeist fragwürdigen Intensivbehandlung von hochbetagten Menschen noch Profite generiert wurden.“** Beim WDR hieß es: **„Die Zahl intensivmedizinischer Behandlungen am Lebensende steigt deutlich an. Dabei handelt es sich oft um unnötige und für Patienten belastende Behandlungen, die sogar zum Tod führen können.“** Genau diese hochbetagten Menschen sind nun statistisch die vorwiegenden „Corona-Toten“. Dementsprechend stellt sich hier dieselbe eigentlich undenkbare Frage: Werden mit ihnen nur noch Profite generiert? Der Deutschland-

funk meinte dazu: **„Eine Intensivtherapie sei leidvoll und das Verhältnis zwischen Nutzen und Schaden stimme kaum.“ Die Gesundheit darf keine Frage der Kosten sein, sehr wohl aber eine Frage des Patientenwillens.** Eine Behandlung ohne Sinn will wohl kaum jemand.

Auch zeigte sich früh, dass die **künstliche Beatmung** zwar eine wichtige, lebensrettende Maßnahme für Schwerstkranke und Verletzte ist, die nicht mehr selbstständig atmen können, aber bei vielen Covid-19-Patienten keine Indikation dafür besteht. Stattdessen **steigt durch das Intubieren die Sterblichkeit extrem an**, be-

merkte u.a. der Vorsitzende des Verbandes Pneumologischer Kliniken, der sich für eine nicht-invasive Beatmung einsetzt, durch die auch keine Intensivstation nötig ist.

„Der Lockdown, der uns Milliarden kostet, soll verhindern, dass die Intensivstationen mit Covid-19-Patienten überlastet werden, aber dann wählen wir eine Behandlungsmethode, die dazu beiträgt, dass Patienten vielleicht unnötig sterben und auch länger auf der Intensivstation bleiben müssen.“ In seiner Klinik liegt die Sterblichkeit der Covid-19-Patienten viermal niedriger als im Durchschnitt.



KRISEN-GEWINNER

+++ Bundesministerien: Für die „gefährliche“ Arbeit in den Bundesministerien erhielten dessen Mitarbeiter eine „Corona-Sonderzahlung“ in Höhe von 59 Millionen €, davon 1,27 Millionen € für die Mitarbeiter im Kanzleramt. Rund 4.500 Mitarbeiter der Bundestagsabgeordneten bekamen zum Jahresende ebenfalls je bis zu 600 € steuerfrei wegen der **„zusätzlichen Belastungen“**.

+++ Maskenverkauf: Johannes Laschet, Sohn von Armin Laschet (CDU) und „Influencer“ für das Unternehmen Van Laack, vermittelte **ohne Ausschreibung** Schutzausrüstung des Unternehmens. Auftragsvolumen: rund

45 Millionen €. Die Uni-Kliniken Köln und Essen sortierten 88.000 Corona-Schutzkittel der Firma aufgrund von Qualitätsmängeln aus.

+++ Maskenshop liefert nicht! Ein Abgeordneter der CDU hat über eine Gratiszeitung den zweifelhaften Onlineshop eines Parteifreundes beworben. Dort wurden Schutzmasken und Desinfektionsmittel verkauft, bei einem Testeinkauf aber nicht geliefert.

+++ Jens Spahn überfordert: Rund 60 Lieferanten von Masken klagen gegen das Bundesgesundheitsministerium, weil die bestellte Ware nicht bezahlt wurde. Spahn orderte of-

fenbar Masken ohne eine Mengengrenzung und garantierte sogar **4,50 € netto pro FFP2-Maske**. Der Etat des Ministeriums von 1,2 Milliarden € wurde durch bestellte Ausrüstung im Wert von 6,4 Milliarden € weit überzogen. Um die Verträge wieder loszuwerden, wurden Berater und über 50 Anwälte engagiert. Letztes Jahr für 30 Mio. €, für dieses Jahr sind 33 Mio. € für Rechtsanwälte eingeplant.

+++ Aktien und Spekulanten: Wie üblich haben viele Kleinanleger Geld verloren. Doch zahlreiche Aktien, nicht nur von Pharma-Unternehmen, konnten ihre Werte vervielfachen.

+++ Zeitungen verkaufen Bücher: Während Buchläden im Lockdown schließen mussten, verkauften als „systemrelevant“ geltende Zeitungen in ihren weiter geöffneten Geschäftsstellen sogar Kinderbücher und bewarben das auch noch aktiv.

+++ Masken steuerpflichtig: Warum verzichtet der Staat nicht auf die MwSt. auf Schutzmasken, statt 19% an jeder Maske zu verdienen?

+++ CDU: Bereits die erste meldspflichtige Großspende 2021 an die CDU kam von einem Aufsichtsratsmitglied eines **Pharmakonzerns**. **+++**

Mehr Rente — statt mehr Schulden!



Rentenkasse zahlt Strafzinsen: Die Rentenkasse hat Reserven und zahlt deswegen immer höhere Strafzinsen an die Europäische Zentralbank (EZB). 2020 dürfte der Verlust bei etwa 110 Millionen Euro gelegen haben, Tendenz steigend. Bis Ende kommenden Jahres drohen bis zu **355 Millionen Euro Verluste**. Diese Strafzinsen fehlen als Renten.

Landesvertretungen mit „Extras“

Unser Bundesland (!) gönnt sich Partnerschaften mit Ländern auf der ganzen Welt und unterhält teure Landesvertretungen, als bräuchte es eigene Botschaften, z.B. in Burundi, Maharashtra, Brüssel und Berlin. Logisch, dass dort dann auch Veranstaltungen stattfinden und Delegationen regelmäßig hinreisen müssen.

Zu den hohen Gebäudekosten kommt auch viel Personal, z.B. in Brüssel sind ca. 30 Bedienstete und die dortige Vertretung wird gerade für mind. 27 Mio. € erweitert, 2015 plante man noch mit 16 Mio. Neben einer guten Bezahlung gibt es z.B. für den dortigen Büroleiter von Winfried Kretschmann (Grüne) sogar die Kosten für die Privatschule der Kinder erstattet: 107.125 Euro jährlich.

Grün-schwarzer Wahlkampf-Basar

14 Milliarden neue Schulden hat die Landesregierung unter dem Vorwand „Corona“ beschlossen. Das ist nahezu ein Drittel der 45 Milliarden Euro Schuldenlast, die alle Regierungen zusammen in den 68 Jahren seit Gründung des Landes aufgehäuft haben. Das Geld fließt in Projekte, die nichts mit Corona zu tun haben, wie eine Holzbauoffensive, eine neue Landesvertretung, Museen, Ausstellungen und sogar in Asylbewerberkontingente.



„EU-Wiederaufbaufonds“ wird zu massiver Steuerverschwendung

Der EU-Finanzrahmen bis 2027 sieht knapp **2.000 Milliarden Euro** vor. Südeuropa setzte sich dabei durch und überwiegend gibt es nicht rückzahlbare Zuschüsse, von denen besonders Italien und Spanien profitieren. Die Steuerzahler der

an deren Staaten, besonders die deutschen, müssen den Schuldenberg über Jahrzehnte wieder abtragen. Der **Europäische Rechnungshof** bestätigt dabei die Kritik, dass es keine wirkungsvolle Überwachung des Stabilitätspakts gibt. „Lediglich ein Viertel der Empfehlungen werden von den Staaten umgesetzt, der Rest aber larifari abgehandelt oder vollends ignoriert.“

5 Jahre im Landtag

Foto: Landtag von Baden-Württemberg

Auswahl der Leistungen von Grün-Schwarz:

- ▶ geplant waren 1,8 Mrd. Einsparungen, stattdessen wurden 14 Milliarden neue Schulden beschlossen
- ▶ geplant war 1480 Stellen zu reduzieren, stattdessen wurden 6440 neue Stellen geschaffen
- ▶ jede neue Beamtenstelle erfordert Rückstellungen von ca. 800.000 Euro. Die neuen Stellen kosten also 5 Milliarden.¹
- ▶ über 5 Milliarden Euro Schattenhaushalt
- ▶ über 650 Millionen Euro Schaden der Landesbanken durch Negativzinsen, fast komplett weitergegeben an die Kunden
- ▶ von 2015 bis 2019 wurden 7 Millionen Euro für Abschiebungen mit Privatflügen ausgegeben
- ▶ 30% mehr Wind gibt es im Windatlas der grün-schwarzen Regierung an der Schweizer Grenze, als ihn das Schweizer Bundesamt misst. Die Windkraft-Lobby scheint mitzuregieren.

¹ Pensionsverpflichtungen: Die Zahl der Versorgungsempfänger stieg innerhalb von zehn Jahren von 97.655 auf 136.815 an. Dieser Anstieg bedeutet Milliarden-Belastungen über Jahrzehnte!

Corona-Entschädigungen

Unsere AfD-Landtagsfraktion stellte im Juli 2020 ein Rechtsgutachten von Rechtsanwalt Dr. iur. habil. Ulrich Vosgerau vor bezüglich **Entschädigungsansprüchen von Gewerbetreibenden** aufgrund der Corona-Verordnungen. Die Fraktion stellt das Gutachten gerne Unternehmern zur Verfügung, um leichter Entschädigungen durchsetzen zu können.

Ein paar Kostenexplosionen:

Expo Dubai

Die Teilnahme Baden-Württembergs mit einem Landes-Pavillon bei der Weltausstellung, an der sonst nur Staaten mitmachen. Kosten: **15** statt geplanten **2,8 Mio. €**

Unibibliothek Freiburg

Kosten: **53** statt **32 Mio. €**

Bildungsplattform „Ella“

Das Projekt zur Digitalisierung der Schulen wurde aufgrund zu vieler Mängel eingestellt. Einen Vertrag gab es nicht. Kosten: **8,7 Mio. €** ohne nutzbares Ergebnis

Besucherzentrum Schwarzwald

Kosten: **50** statt **20,5 Mio. €**

Stuttgarter Oper

Auf 14,8 Mio. € Eintrittsgelder kommen 100 Mio. € Jahreszuschuss. Bei jedem Ticket legt der Steuerzahler ca. 120 € drauf. Renovierungs-Kosten: über **eine Milliarde €**, Ausgang offen

Justizvollzugsanstalt Rottweil

Kosten: mind. **210** statt **80 Mio. €**, Ausgang offen

Umsiedlung von Eidechsen

Für alle möglichen Bauprojekte, von der Bahn bis zur Gartenschau, müssen vorher Eidechsen umgesiedelt werden. Selten sind sie meistens nicht, aber die Kosten explodieren immer. Kosten: bis zu **8.600 € pro Tier**

Mehr dazu in den Heften zur Steuerverschwendung des finanzpolitischen Sprechers Dr. Rainer Podeswa unter www.steuerverschwendung.info

LANDES-FINANZEN

+++ AfD-Antrag kopiert: Für den ersten Lockdown wollten die Altparteien einen Hilfsfonds mit mickrige 800 Mio. €. Die AfD beantragte 7 Milliarden €. Um der AfD nicht zustimmen zu müssen, wurde die Sitzung unterbrochen, am Mittag eine neue Sitzung angesetzt und danach von Grünen, CDU, SPD und FDP ein zu 99% identischer Antrag eingebracht mit immerhin 5 Mrd. **AFD wirkt und hilft! +++**

+++ 60 Milliarden verkalkuliert: Mit einem Taschenspielertrick erklärte die Regierung sowieso nötige Investitionen zum „Abbau“ impliziter Schulden. Doch deren Höhe kennt sie nicht. Auch die Höhe ihrer Pensionsverpflichtungen ist nur geschätzt. Allein in dieser Legislaturperiode hat sich der Schätzwert aber von rund 100 Mrd. auf 160 Milliarden € erhöht. **+++**

+++ AfD verlangt ordentliche Buchführung! Damit derartige Fehler nicht wieder passieren, hat die AfD ein Gesetz eingebracht, welches auch das Land zur doppelten Buchführung (Doppik) zwingen würde. Diese ist für Unternehmen und Kommunen schon lange vorgeschrieben. Die Landesregierung verweigert sich der ordentlichen Buchführung aber weiter. **+++**

+++ Verfassungswidriger Haushalt: Der Landesrechnungshof bestätigte die massive Kritik der AfD am Wahlkampf-Haushalt der Landesregierung. Der Rechnungshofpräsident fand deutliche Worte dafür, dass z.B. Digitalisierungsvorhaben, Straßenbauprojekte oder Photovoltaik-Förderprogramme nichts mit der Corona-Krise zu tun haben. **+++**

Wie abhängig ist die Presse?

Deutschland garantiert die Pressefreiheit. Doch die Presse ist abhängig.

Die öffentlich-rechtlichen Medien sind abhängig von den politischen Entscheidungen im Hinblick auf ihre **Finanzierung** (Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag). Ihre **Aufsichtsgremien sind mit Politikern besetzt** - weit mehr als gemäß dem Urteil des BVerfG zulässig sind.

Die privaten Medien sind abhängig von Informationen der Regierung und zunehmend von staatlichen Geldern. Landesregierungen schalten ebenso wie die Bundesregierung im großen Stil **Werbeanzeigen**. Es geht um hunderte Millionen.

Doch die Regierung nimmt noch viel mehr Einfluss. CDU und SPD entschieden über **Sonderkonditionen**, durch die Zeitungsverlage ihren Zustellern deutlich länger **weniger** als den **Mindestlohn** zahlen mussten. Eine enorme Ersparnis. Zur Überraschung der Verleger wollten CDU/CSU und SPD direkt nach der Regierungsbildung An-

fang 2018 auch noch den **Rentenbeitrag** für Zeitungszusteller senken. 2019 ging es dann um einen „dreistelliger Millionenbetrag“ als Subvention, wovon erstmal 40 Millionen **„Zustellförderung“** freigegeben wurden. 2020 verhandelte man dann über **220 Millionen Euro** „zum Erhalt der Presselandschaft“. Prompt folgte die Erklärung, dass 220 Millionen für die Verlagsszene zu wenig sind, man will **mindestens 400 Millionen Euro**.

Google soll den Medien ebenfalls Geld bezahlen. Nach Wunsch der Medien sollte die Regierung den IT-Konzern per Gesetz dazu zwingen. Früher waren Google und die Presse **Konkurrenten um Werbeeinnahmen**. Inzwischen schiebt Google jedoch freiwillig seinen „Partnern“ großzügig Geld zu. Erstaunlich, dass hier manche Journalisten **„verdeckte Einflussnahme und kalkulierte PR-Arbeit“** sehen. Bei den wesentlich höheren Regierungsgeldern „entdeckt“ kein Journalist eine Einflussnahme. Auch die geringere Besteuerung, sowie **Versandkostenzuschüsse**

gehören zur indirekten Förderung der Presse.

Ist eine subventionierte Presse noch eine freie Presse? Wettbewerbsverzerrung und Intransparenz sind offensichtlich. Keiner kann prüfen, ob regierungsfreundliche Zeitungen mehr gefördert werden. Auch nach welchen Auswahlkriterien Pressevertreter die Regierung (subventioniert) bei deren Weltreisen begleiten dürfen oder zu Veranstaltungen eingeladen werden, ist nicht transparent.

Bzgl. Ungarn wird übrigens genau das kritisiert: die Presse ist dort abhängig von staatlichen Anzeigen.

Außerdem gibt es ein ständiges **Personalroulette** zwischen politischen Ämtern (z.B. Pressesprecher der Kanzlerin) und Pressevertretern.

Die Presse ist auf die Politik angewiesen und die Politik auf die Presse. Das nennt man **gegenseitige Abhängigkeit**. Diese sogenannte Interdependenz führt zum **Mitläufereffekt**.

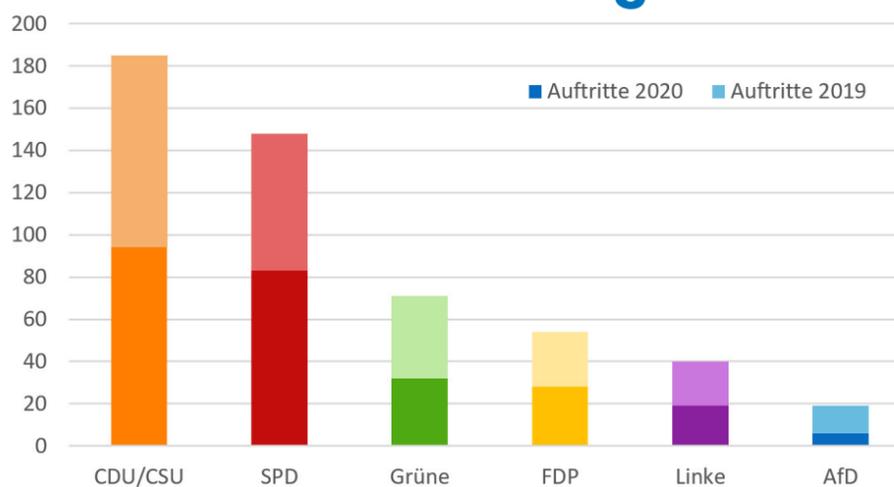


Mit der Ernennung zum einzigen AfD-Vertreter im SWR-Rundfunkrat beschäftigte sich der Abgeordnete Dr. Podeswa besonders mit dem **öffentlich-rechtlicher Rundfunk**. In Plenarreden, sowie in einem ersten Infoblatt zum Thema, redet er Klartext.

Auszug: „**Wer Pensionen** in Höhe von bis zu **75%** des letzten Verdienstes auszahlt hat den Auftrag zur Grundversorgung gänzlich uminterpretiert. (...) Heute gibt es **74 Hörfunkprogramme**, **21 Fernsehsender** und allein bei der ARD **10 Rundfunkanstalten** an **110 Standorten**. Insgesamt sind es **44.000 Mitarbeiter** und **186 Unternehmensbeteiligungen**, darunter ein **Freizeitpark**. Das kann für keinen vernünftigen Menschen mehr mit einer Grundversorgung gerechtfertigt werden.“

Sie finden die Reden und den Flyer hier: www.rainerpodeswa.de/rundfunk/

Talkshow-Einseitigkeit



Die größte Opposition im Bundestag durfte 2020 nur **2,3% der Gäste** von „Anne Will“, „maischberger“, „Hart aber fair“ und „maybrit illner“ stellen (6 Auftritte).

Werbeausgaben der Regierung



Mit etwa **150 Millionen Euro** gehört die Bundesregierung inzwischen zu den **20 größten Werbetreibenden**. Sie gibt ähnlich viel aus wie z.B. **REWE** oder der Autokonzern **PSA** (Peugeot, Citroën, Opel). Zu den Schaltkosten (Online, Print, TV, Außenwerbung, Hörfunk) kommen zusätzl. Agenturhonorare und Kreativkosten. Insbesondere das Gesundheitsministerium hat 2020 sein Budget für Öffentlichkeitsarbeit „deutlich überschritten“. Von regulär 0,9 bis 1,3 Mio. pro Jahr explodierte es schon im ersten Halbjahr 2020 auf **31,4 Millionen Euro**.

Wörtlich zitiert

»Die linke bis linksextreme Deutungshoheit ist inzwischen so stark, dass damit ganz offen umgegangen sowie die Kritik an der penetranten Einseitigkeit und dem Mangel an fairer Berichterstattung einfach übergangen wird.«

Hans-Georg Maassen, 16.12.20

PRIORITÄTEN

„**Reich und mächtig wie nie zuvor, verfügt die Pharmaindustrie über einflussreiche Netzwerke. Sie bestimmt die Gesundheitspolitik unserer Regierungen.**“ heißt es in der ARTE-Dokumentation „**Big Pharma - Die Allmacht der Konzerne**“. Mit der Beschreibung „**Der Kampf gegen Covid-19 stachelt die Gier der Pharmakonzerne weiter an**“ veröffentlichte ARTE sie am 17.09.20, jedoch nur bis zum 14.02.21.

Dieses Beispiel zeigt eines der wesentlichen Probleme des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Wichtige Dokumentationen laufen auf **Spartensendern zu unbedeutenden Sendezeiten** und sind im Internet nur kurz verfügbar. Unterhaltungsprogramme hingegen, die ebenso private Medien bieten, kommen zur Hauptsache

dezeit und auf fast allen der viel zu vielen öffentlich-rechtlichen Kanälen.

Warum kommt solche Kritik nicht in der Tagesschau?

Die französische Gesundheitsministerin (2012-2017) Marisol Touraine erklärt in der Doku, dass ihrem Eindruck nach der deutsche Gesundheitsminister (damals Hermann Gröhe) keine Zusammenarbeit wollte, weil er sich um die Stellung der heimischen Pharmaindustrie sorgte. „**Denn die deutsche Pharmaindustrie ist sehr mächtig.**“, so Touraine.

Jens Spahns Vorgänger Hermann Gröhe (CDU) blieb vielen in Erinnerung, weil er für die Ausweitung von Arzneimitteltests an Demenzkranken warb. Da ergeben sich doch Fragen?

Bilanz der Bundesregierung

Die **CDU** hat sich für eine Fortsetzung von Angela Merkels Politik unter neuem Namen entschieden. Was hat die Kanzlerin also erreicht?

- Strompreis brutto: 18,66 ▲ auf **30,43** Cent
davon Steuern u.ä.: 40% ▲ auf **53%**
EU-Durchschnitt: 21,26 Cent
- Rentenniveau: 52,6% ▼ auf **48,16%**
EU-Durchschnitt: 70,6%
- Armutsgefährdung: 14,7% ▲ auf **15,9%**
- Kinderarmut: 18,5% ▲ auf **21,3%**
- Drohende Altersarmut: 10,4% ▲ auf **18,2%**
EU-Durchschnitt: 15,5%
- Tafeln: 480 ▲ auf **949** Läden
- Rüstungsexporte: 4,2 ▲ auf **8 Milliarden €**
- Staatsschulden: 1.490 ▲ auf **2.053 Mrd. €**
- Geringfügig Beschäft.: 6,81 ▲ auf **7,72 Mio.**
- Nichtdeut. Tatverdächt.: 20,9% ▲ auf **34,6%**

Die CDU hat ihre Grundeinstellungen unter ihr nahezu überall verloren. Beispiele sind die Einwanderung, Kernkraft, Schuldenunion, Wehrpflicht und als nächstes die Schuldenbremse.



Der grüne Aluhut

Was war der größte Irrsinn 2020? Die Auswahl ist groß. Die Nominierten:

- ▶ Die **Stadt Köln** für Ihre Idee das Silvester-Feuerwerk durch Dauer-An- und Ausschalten der Lichter zu ersetzen.
- ▶ Die **Berliner Polizei** für die Idee „Corona-Schutz“ im November mit Wasserwerfern durchzusetzen und so Infektionen zu mindern.
- ▶ Die **Erbauer** des „Denkmals für den unbekanntem Dealer“ an Berlins Drogen-Hotspot im Görlitzer Park.
- ▶ Der **Ältestenrat des Bundestags** für seinen Beschluss, zum Schutz der Demokratie einen zehn Meter breiten und 2,5 Meter tiefen Graben um das Parlament bauen zu lassen.
- ▶ **Susanne Henning-Wellsow** (Linke), die dem gewählten Ministerpräsidenten

ten Thüringens einen Blumenstrauß vor die Füße warf, für ihre Forderung, dass bei der erneuten Wahl des Ministerpräsidenten „die Stimmen dokumentiert“ werden, um auszuschließen, dass wieder Abgeordnete im Schutz der Anonymität falsch abstimmen.

▶ Linken-Chef **Bernd Riexinger**, der auf den Vorschlag nach einer Revolution ein Prozent der Reichen zu erschießen antwortete „Wir erschießen sie nicht, wir setzen sie für nützliche Arbeit ein.“

▶ Das **Bundesministerium für Gesundheit**, welches zwei Tage vor dem ersten Lockdown verkündete: „Achtung Fake News! Es wird behauptet und rasch verbreitet, das Bundesministerium für Gesundheit / die Bundesregierung würde bald massive weitere Einschränkungen des öffentlichen Lebens ankündigen. Das stimmt NICHT!“

▶ **Bernhard Withaut** (SPD), Präsident des Verfassungsschutzes Niedersachsen, für das Anführen eines „Tatort“-Krimis als Beleg dafür, dass Extremismus und Rassismus in der Mitte der Gesellschaft angekommen seien.

▶ Die **Jusos**, die die extremistische palästinensische „Fatah-Jugend“ zur Schwesterorganisation erklärten.

▶ Baden-Württembergs Umweltminister **Franz Untersteller** (Grüne) dafür auf der A8 mit 177 km/h geblitzt zu werden, wo 120 erlaubt sind.

▶ **Angela Merkel** (CDU) für Ihre Empfehlung an frierende Schüler es mit Kniebeugen und Händeklatschen zu versuchen.

▶ Die **TAZ**, die Frauen in einem Artikel als „Menschen mit Gebärmutter“ bezeichnet.



CDU-VERSPRECHEN

Keine Erhöhung der Mehrwertsteuer	gelingen
Keine Griechenland-Hilfe ohne den IWF	gelingen
Kein Abhören unter Freunden (No-Spy-Abkommen)	gelingen
Keine Belastung des Steuerzahlers durch die Eurorettung	gelingen
Keine Haftung der Sparer für ausländische Banken	gelingen
Keine Abgabenerhöhungen wegen unkontrollierter Masseneinwanderung	gelingen
„Mit mir wird es keine PKW-Maut geben“	gelingen
„Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen und Schaden von ihm wenden werde.“	gelingen

Die Wanderung der CDU nach links...



Historisches Zitat

»Manche unserer Gegner können es sich nicht verkneifen, uns in der Zuwanderungsdiskussion in die rechts-extreme Ecke zu rücken, nur weil wir im Zusammenhang mit Zuwanderung auf die Gefahr von Parallelgesellschaften aufmerksam machen. Das, liebe Freunde, ist der Gipfel der Verlogenheit! Eine solche Scheinheiligkeit wird vor den Menschen wie ein Kartenhaus in sich zusammenbrechen. Deshalb werden wir auch weiter eine geregelte Steuerung und Begrenzung von Zuwanderung fordern!«
Angela Merkel am 1.12.03

TOP-POLITIKER?

Bei Umfragen der klassischen Medien gelten regelmäßig Menschen wie **Angela Merkel** und **Jens Spahn** als „**beliebteste Politiker**“. Doch als INSA im Auftrag des Journalisten Boris Reitschuster im Oktober 2020 nach den **unbeliebtesten** Politikern fragte **gewann ebenfalls Angela Merkel** - noch vor allen AfD-Vertretern!

Das zeigt, dass wohl eher die bekanntesten oder polarisierendsten Politiker gewinnen, unabhängig von der Frage.

Die Lobpreisungen auf die „beliebtesten“ Politiker sind somit **manipulatives Framing**.

Schulduweisungen & Vertrauensverlust: Warum hilft die Presse der Regierung?

Wenn die Bürger machen sollen, was die Regierung für richtig hält, dann ist entweder das Vertrauen der Bürger in die Regierung nötig oder eine Diktatur. Weite Teile der Bevölkerung trauen der Regierung nicht mehr (absolut nicht nur Konservative), was diese sich aber selbst zuschreiben hat. Einerseits müssen Maßnahmen nachvollziehbar sein, andererseits hat die Regierung alles dafür, getan um Zweifel zu schüren. Auch versucht sie nicht mehr durch einen Dialog Kritiker mitzunehmen, sondern sie befiehlt, indem sie mit Verordnungen entgegen den Interessen weiter Teile der Bevölkerung durchregiert. Nachdem sie

die Bürger zudem **angelogen** hat, z.B. Innenminister Strobl, dass erfasste Gästedaten in Restaurants ausschließlich zur Nachverfolgung von Covid-19 genutzt werden, darf sie sich nicht wundern, wenn ihr die Bürger z.B. bei einer App nicht vertrauen.

Erstaunlich ist, dass das politische Versagen, sowie insbesondere die Untätigkeit über den Sommer hinweg, den Medien und vielen Bürgern egal zu sein scheint. Stattdessen helfen sie der Regierung, die Bürger selbst für das Infektionsgeschehen und damit für die drohende Überlastung der Kliniken verantwortlich zu machen.

Der Bürger würde eben zu viel feiern oder Corona angeblich leugnen (wo bei die meisten angeblichen „Corona-leugner“ keineswegs Leugner, sondern Kritiker falscher Maßnahmen sind). **Daher bekommt der Bürger die Schuld an der Ausbreitung von Corona zugeschrieben.**

Dies ignoriert, dass es klare Statistiken gibt, wo sich die Menschen anstecken. Das ist nicht auf Demos, in Restaurants, im Fitnessstudio oder bei einer Kulturveranstaltung, sondern größtenteils in Altenheimen, in überfüllten Verkehrsmitteln, bei der Arbeit und innerhalb der Familie.

Auch das staatliche Vorgehen ist zu hinterfragen. Wenn jemand Kontakt mit einem Infizierten hatte, musste nur er in Quarantäne und erst bei Symptomen zum Test. Alle anderen Haushaltsmitglieder durften weiter arbeiten, einkaufen, zum Arzt, usw. Erst wenn die Kontaktperson positiv getestet wurde, ging es mit den anderen Haushaltsmitgliedern weiter, die dann mögliche Viren aber schon weiterverbreitet haben.

Die Politik trägt die Verantwortung für mangelnde Vorsorge, gravierende Fehler, unsinnige Maßnahmen und die Folgen. Nicht die Bürger!



Hochmut. Vetternwirtschaft. Doppelmoral.

Das Bundeskanzleramt hat ohne Anbau bereits 8x so viel Fläche wie das Weiße Haus.

Bereits jetzt ist das Bundeskanzleramt mit 25.000 Quadratmetern Nutzfläche das größte Regierungs-Hauptquartier der Welt. Doch weniger als 20 Jahre nach Eröffnung will man um **400 Büros erweitern**. Schon während der ersten Planung schossen die Schätzungen von 460 Millionen auf **600 Millionen Euro Baukosten** in die Höhe. Einen üblichen Wettbewerb mit Ausschreibung gab es zu diesem kostspieligen Bauvorhaben nicht. **Mit 50.000 Quadratmetern Grundfläche ist der deutsche Regierungssitz dann 16x größer als das Weiße Haus und 20x größer als das britische Pendant.**

Wieso brauchen wir so viel mehr Platz? Ist es einfach nur Größenwahn? Nein, ein Grund ist der endlose Personal- aufbau. Während in anderen Staaten auch Politiker „gefeuert“ werden, werden sie bei uns **„wegbefördert“**. Das Kanzleramt hatte unter Adenauer 120 Mitarbeiter, der damit den Wiederaufbau und viele umfangreiche historische Aufgaben organisierte. Merkel braucht inzwischen **750 Mitarbeiter**.

Dazu kommt immer wieder das Mästen von Günstlingen. Kurz vor dem Ende der aktuellen Legislatur wird ein Merkel-Berater noch schnell zum Botschafter befördert, eine Büroleiterin von Heiko Maas zur Leiterin der Ständigen Vertretung bei der UNO. Natürlich hat sie nicht mal eine diplomatische Ausbildung. Ein weiterer Vertrauter Merkels wird Botschafter am Heiligen Stuhl in Rom - ein **Versorgungsposten** den zuvor ihre Vertraute Annette Schwavan bekam, als die wegen ihres aberkannnten Dokortitels als Bildungsministerin zurücktrat.

Schon im Sommer 2019 gab Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) einem **Pharma-Manager** die Position des „Chef-Digitalisierers“ im Gesundheitswesen. Im Dez. 2020 kam dann heraus, dass die beiden weit mehr verbindet, nämlich gemeinsame Immobiliengeschäfte. Und natürlich bekommt der alte Freund nun wesentlich mehr als sein Vorgänger: mit 300.000 € ist sein Jahresgehalt etwa 110.000 € höher.

Was macht das Ländle?

Solches Vorgehen findet sich auf allen Ebenen. **Vetternwirtschaft statt Kompetenz**. Nach dem Regierungswechsel in Baden-Württemberg schickte die Landesregierung weitere 11 erfahrene Spitzenbeamte in **Frühpension**. Damit wurden es 17 Beamte. Kosten: ca. 3 Millionen € während einer Legislatur. Auch gönnte sich die neue Landesregierung **mehr Staatssekretäre, als es die Landesverfassung erlaubt**. Damit das nicht verfassungswidrig ist, benannte sie diese dazu um in „politische Staatssekretäre“ statt „Staatssekretär mit Ka-

binettsrang“. Die Kosten für den Steuerzahler verdoppelten sich fast, von 792.121 € (2015) auf 1.444.761 € (2017).

Das Staatsministerium von Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) weitete sein eigenes **Budget von ca. 50 auf über 120 Millionen €** aus. Doch kein Landesministerium wuchs seit 2016 so sehr wie das von **Innenminister Thomas Strobl (CDU)**. In zwei Jahren kamen 94,8 Stellen hinzu (28%), im Leitungsstab verdoppelte er von 6 auf 11,5. Offensichtlich versuchte er ein zweites Staatsministerium zu schaffen, denn selbst in den Landesvertretungen wollte er weitere Stellen. Kein Wunder, dass der Landesrechnungshof schon direkt nach Beginn der Legislatur kritisierten musste, dass die **Personalausgaben um 715 Millionen Euro stiegen**. Oft werden Stellen in Leitungspositionen **ohne Ausschreibung** vergeben. Bis 2018 waren es z.B. im Finanzministerium (Grüne) 15 von 19!

Das Debakel der Teilnahme Baden-Württembergs an der Expo Dubai zeigt die Problematik. Im CDU-geführte Wirtschaftsministerium stellt eine Juristin auf Zuruf eine Multimillionen-Vollmacht an einen CDU-Mann aus. Das CDU-geführte Innenministerium befördert diese Mitarbeiterin anschließend zur Landespolizeipräsidentin. Und der Stiefsohn der CDU-Kultusministerin ist Pressesprecher der Ingenieurkammer, die das Projekt organisiert. Für den Steuerzahler bedeutet dieser Fehlschlag eine Kostenexplosion von 2,8 auf 15 Millionen €.

Doch während bei der CDU ein jahrzehntealtes System von Amigos und Vetternwirtschaft dahintersteckt, auf welches man überall zu treffen scheint (z.B. in Schleswig-Holstein durfte der Bruder des Ministerpräsidenten gut dotiert die Parlamentsverwaltung übernehmen), **haben die Grünen ihr Geflecht in weniger als zehn Jahren aufgebaut**. So warf die Ehefrau des Kabarettisten Christoph Sonntag ihrem Mann vor, mit Sozialminister Manfred Lucha (Grüne) gekungelt zu haben - nicht nur Spendengelder, sondern auch Landesfördermittel sind geflossen. Lucha selbst bezeichnet sich seinem Kumpel gegenüber als dessen **„persönlicher Minischer“**. Auch eine Studienabbrecherin ohne Abschluss zur Leiterin einer Hochschule zu machen, unter Ignoranz der Regelungen, gibt es wohl nur bei den Grünen.

Familienförderung meint keine Vetternwirtschaft!

Auf die Spitze treibt es auch die SPD. In einem Bundesland erklärte sie die **„Förderung von Familien“** zu einem zentralen Ziel. Die SPD-Regierung ver-

gab dann Posten besonders gerne an Verwandtschaft.

Neue Karrieren im Ländle

Doch was passiert, wenn man es überreibt? Als Kretschmanns Ex-Staatssekretär Volker Ratzmann (Grüne) zum 01.05.20 lieber **Lobbyist** für die Deutsche Post werden wollte, versetzte ihn der Ministerpräsident in den einstweiligen Ruhestand bei **monatlich knapp 12.000 Euro Übergangsgeld**. Ratzmann ist mit Kerstin Andreae (Grüne) verheiratet, bis 2019 Bundestagsabgeordnete und nun Geschäftsführerin des **Lobbyverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW)**. Neben der Werbung für „erneuerbare“ Energie ist **„ein Anliegen des BDEW der Kampf gegen staatliche Vorgaben, die die Gewinne der Unternehmen beeinträchtigen könnten“**.

Wo bleibt der Aufschrei?

Zurück zur Bundespolitik. Wieso blieb eigentlich der Aufschrei aus, dass Kanzlerin Merkel auch für den Wirecard-Betrug eine Mit-Verantwortung trägt? Sie traf sich mit dem **Lobbyisten** (und ihr Ex-Minister) Karl Theodor zu Guttenberg (CSU) und bat für eine bevorstehende China-Reise sogar um Argumente für **Wirecard**. Eine Ausnahme? Ex-Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) war Berater für den Fleischkonzern Tönnies. Frank-Walter Steinmeier (SPD), Gerhard Schröder (SPD), Otto Schily (SPD, davor Grüne) standen auf der Geschenkeliste von libanesischen Waffenhändlern. Es gibt unzählige Beispiele dafür, wie Politiker zu Lobbyisten werden und ihre Kontakte nutzen. Übrigens: statt zu überwachen spekulierten 85 Mitarbeiter der Finanzaufsicht selbst mit Wirecard.

Was passiert, wenn frühere Minister nur noch Abgeordnete sind, zeigt Thomas de Maizière (CDU). 2018 war ihm offenbar als Bundestagsabgeordneter so langweilig, dass er **sechs Tätigkeiten** zusätzlich zu seinem Mandat meldete, darunter den Vorsitz der Deutschen Telekom Stiftung und gleichzeitig eine rechtsanwaltliche Beratungstätigkeit für die Deutsche Telekom.

Europa: Höhepunkt der Beförderung

Zurück zur „Weg-Beförderung“. Wie der Rechnungshof aufdeckte, hat Ursula von der Leyen (CDU) im Verteidigungsministerium zu Unrecht **Millionen für Unternehmensberater** ausgegeben. Zu ihrer damaligen Rüstungs-Staatssekretärin hieß es im folgenden Untersuchungsausschuss **„Die gebotene Distanz zu ehemaligen Weggefährten hielt sie nicht ein“**, es habe ihr außerdem an Aufklärungswillen gemangelt. Und **„Der Vorwurf eines**

„Buddy-Systems“ sei **„naheliegend“**. Der Berater Timo Noetzel, der zuvor wie ihre Staatssekretärin bei McKinsey gearbeitet hatte und von dessen Kindern sie Taufzeugin war, steigerte den Ertrag seiner Firma **„mit dem Kunden Bundeswehr innerhalb weniger Jahre von 459.000 € auf 20 Millionen €.“**

2019 gab das Wehrressort insgesamt **154,9 Millionen € für externe Berater** aus, die gesamte Bundesregierung eine **halbe Milliarde €**. 2020 waren es in den ersten drei Quartalen **344,3 Mio. €**.

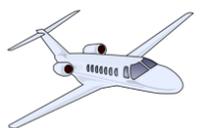
Das alles schadete von der Leyen natürlich ebenso wenig wie das **Vernichten von Beweismitteln** oder die **Plagiate** in der Dissertation. Als seit dem 1.12.19 amtierende Präsidentin der Europäischen Kommission ist sie nun die wichtigste Person Europas und kam in das Amt, **ohne dass die Bürger sie gewählt haben**. Aber bekanntlich sind 6 von 7 Organen der EU nicht gewählt und daher ohne demokratische Legitimation.

Fahrrad predigen, Privatjet fliegen

Von der Leyens oberste von sechs Prioritäten ihres Regierungsprogramms ist **„Ein europäischer Green Deal: Erster klimaneutraler Kontinent werden“**.

Um zu zeigen, wie ernst sie es meint, legt die Öko-Kriegerin fast **die Hälfte ihrer Reisen in Privatjets** zurück, selbst Kurzstrecken wie von Brüssel nach London (2 Stunden mit dem Zug) und Paris (90 Minuten). **Die britische Presse fand das berichtenswert, die deutsche Presse nicht**. Vielleicht, weil sie die Interviews mit deutschen Medien als **„Missionen“** deklarierte und daher auf eben solche Flüge zurückgreifen kann, um zum Interview zu kommen?

Privatjets stoßen 20 mal so viel CO₂ aus wie ein üblicher Flug, aber das ist nur für Normalbürger relevant. Denn der Kreis der Erkenntnis schließt sich: Von den Bundestagsabgeordneten saßen **die Abgeordneten der Grünen am meisten im Flugzeug**, 2018 flogen sie pro Abgeordnetem durchschnittlich 20.600 Kilometer. Am wenigsten Flüge hatte mit Abstand die AfD. Im grün-schwarz regierten Baden-Württemberg reisen die Landesbediensteten ebenfalls zunehmend mit dem Flugzeug. 2018 kamen **120,5 Millionen geflogene Kilometer** zusammen für rund 12,48 Millionen €. Wer denkt da nicht an den „grünen“ Winfried Kretschmann, der mit dem Helikopter zum Wandern ins Naturschutzgebiet flog?



Die Kleinen hängt man, die Großen beschenkt man?

Egal ob Volkswagen (Dieselskandal), Deutsche Bank (Libor-Skandal und andere Manipulationen am Kapitalmarkt) oder ThyssenKrupp („Schienenfreunde“-Kartell): die Unternehmen zahlen Strafen, doch verantwortliche Manager werden nicht bestraft, sondern erhalten noch millionenschwere Abfindungen. Geschädigt werden also Mitarbeiter und (Klein-)Aktionäre, während die wahren Verursacher belohnt werden. Ausgerechnet in den wegen Donald Trump in den letzten Jahren moralisch vielfach verurteilten USA gäbe es das nicht. Gesuchte Manager müssen dort mit ihrer Inhaftierung rechnen, weshalb sie lieber in Deutschland bleiben, denn hier gibt es nicht mal eine Anklageschrift. Eine Wende bei diesem zweifelhaften Rechtsverständnis verweigern insbesondere die Sozialdemokraten. Im Zuge der Reform des Unternehmensstrafrechts unter dem SPD-geführten Bundesjustizministerium werden ausgerechnet kriminelle Manager geschont.

Wie korrupt ist Deutschland?

Die ZDF-Doku „Wie korrupt ist Deutschland?“ von 2017 belegte, dass Politiker und hochrangige Beamte

vielfach die Hand aufhalten. Dadurch liegt der Verdacht nahe, dass manche Politiker absichtlich eine überlastete Justiz wollen, da so die Wahrscheinlichkeit sinkt, selbst ins Visier der überlasteten Ermittler zu gelangen bzw. die komplizierten Verfahren werden eher eingestellt.

Die Dokumentation, die inzwischen nicht mehr online ist, ist eine seltene Ausnahme im öffentlichen Rundfunk. Allgemein gibt es dort nur Lob für angeblich niedrige „wahrgenommene“ Korruption zu hören.

Warum verweigert Deutschland Anti-Korruption?

Da passt es natürlich überhaupt nicht, dass ein Gremium des Europarats (Ein Gremium, welches nicht zur EU gehört) gerade erst wieder scharf kritisierte, dass Deutschland zu wenig Einsatz zeigt, um Korruption in den obersten Regierungskreisen zu bekämpfen. Es mangle an Transparenz, wie viel Einfluss Lobbyisten auf die Agenda der Bundesregierung haben. Zudem sollten Spitzenpolitiker nicht direkt in die Wirtschaft wechseln und zu Lobbyisten werden. Auch verlangt der Europarat, dass die Politiker Auskunft über ihre finanziellen Beteiligungen geben müssen.

Dass diese Forderungen nicht grundlos erhoben werden, zeigen z.B. unsere Gesundheitsminister/innen der letzten Jahrzehnte, von denen nahezu keiner eine medizinische Ausbildung hatte, aber fast alle für Pharma-Unternehmen tätig waren.

Ein paar Euro

»Wer wegen der Zahlung von ein paar Euro oder einer Einladung zum Fußball gleich nach dem Staatsanwalt ruft, der schießt mit Kanonen auf Spatzen.«
Wolfgang Schäuble am 18.5.06



Auch Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) lässt sich auf Reisen gerne beschenken.
Foto: Staatsministerium Baden-Württemberg

Was bewirkt Lobbyismus?

„Vor dem Landgericht Bonn erzählte ein Zeuge: Nach intensiver Lobbyarbeit durch Banken und Beratungsfirmen sei ein Gesetz genau so übernommen worden, wie von den Beteiligten gewünscht, „eins zu eins, ohne dass ein Komma geändert wurde“. Die Gesetzesänderung nutzten Banken und Finanzinvestoren ab 2007, um auf Kosten der Allgemeinheit Milliarden-Summen einzustecken. Der Fall ist unter dem Namen Cum/Ex-Skandal bekannt geworden und machte Schlagzeilen als der „größte Steuerraub“ in der Bundesrepublik. (...) Der verantwortliche Mitarbeiter im Finanzministerium erhielt später einen gut dotierten Beratervertrag beim Bankenverband.“ so beispielhaft einer von vielen Berichten vom gemeinnützigen Verein Parlamentwatch e.V. (Abgeordnetenwatch).

Was tun?

Die Regierung muss endlich die Forderungen des Europarats umsetzen. Zudem sind Lobbyregister auf allen Ebenen notwendig, wie sie die AfD schon mehrfach forderte. Das jetzt in Baden-Württemberg beschlossene „abgespeckte“ Transparenzregister ist bestenfalls ein Anfang.

Spenden von Lobbyisten an Parteien müssten verboten werden. Zudem ist nicht nachvollziehbar, warum Spender an Parteien zumindest ab 10.000 Euro veröffentlicht werden, Spender an die Regierung und an Behörden hingegen nicht!

RECHTSWIDRIGES REGIERUNGSHANDELN

Von 1990 bis 03/2019 erklärte das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) **175** Bundesgesetze teils oder komplett für nichtig bzw. **verfassungswidrig**. Immer wieder warnen Verfassungsrechtler und der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages vor Gesetzesbeschlüssen, dass diese verfassungswidrig sind und wahrscheinlich vom BVerfG wieder kassiert werden - und trotzdem werden sie beschlossen. Dasselbe gilt für Verordnungen. Mit Landesgesetzen ist es kaum anders.

- Was sagt dieses vorsätzlich verfassungsfeindliche Vorgehen über diese Parteien aus?
- Wie ernst soll man es nehmen, wenn ausgerechnet diese Politiker anderen Verfassungsfeindlichkeit vorwerfen?

Dazu kommen systematische Verletzungen von Grundsätzen und Verboten. Beispielsweise der seit 30 Jahren praktizierte Export von Kriegswaffen an Staaten mit Menschenrechtsverletzungen und Diktatoren.

STAATSNAHES VERSAGEN

Warum laufen staatsnahe Konzerne so schlecht?

Es ist leider kein Einzelfall, dass staatsnahe oder komplett staatliche Konzerne ihre Kernaufgabe völlig vernachlässigen, **Milliarden an Verlusten** produzieren, aber zumindest ihre Manager und die zahlreichen Politiker in den Aufsichtsräten gut versorgen. Ein Beispiel dafür ist die **Deutsche Bahn**, die jedes Jahr Milliarden an Zuschüssen benötigt. Ein bedeutender Teil der Verluste kommt von ihren **Auslandsbeteiligungen**: über 600 Unternehmen in 130 Ländern!

Nutzen haben davon wohl nur die Geschäftsführungen der vielen Unternehmen. Dementsprechend wundert es nicht, dass sogar die Kritik des Bundesrechnungshofs faktisch ignoriert wird. Es geht vielleicht gar nicht darum, einen guten Job zu machen, sondern darum „verdiente“ Parteifreunde zu versorgen.



Sehr geehrte Wählerinnen und Wähler, ich heiße Johann Martel, wurde 1979 geboren und lebe in Walldürn. Nach meiner Ausbildung zum Kfz-Mechaniker absolvierte ich den Technischen Fachwirt. Seit über 20 Jahren arbeite ich für einen bekannten Automobilkonzern. Über viele Jahre beobachteten meine Kollegen und ich mit Kopfschütteln die Entscheidungen der Regierung, bis uns irgendwann klar war: „Es gibt nur noch eine Alternative“, der ich dann natürlich beitrete. Seit März 2019 bin ich Vorsitzender im Neckar-Odenwald.

Aufgrund meines beruflichen Hintergrundes sehe ich hautnah die Katastrophe, welche die Politik der Automobilindustrie zufügt. Für mich ist der Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze daher das zentrale Thema der nächsten Jahre in der Landespolitik. Hier hängen nicht nur hunderttausende Jobs der Beschäftigten daran, sondern noch weitaus mehr der Zulieferer, sowie der Wohlstand - auch für unsere Region. Als sechsfacher Vater ist mir zudem die Familienpolitik ein großes Anliegen. Familien

Sie haben Fragen?
Kontaktieren Sie mich!
johann.martel@afd-bw.de

brauchen echte Unterstützung und Wahlfreiheit und keine zunehmende Bevormundung! Ich stehe für liberal-konservative Politik. Getreu dem Motto: Bewährtes erhalten, sich Neuem nicht verschließen!

Als politische Schwerpunkte für die Zukunft sehe ich:

- ▶ Sicherung von Arbeitsplätzen und Wohlstand
- ▶ Bezahlbare Strompreise und Kraftstoffe
- ▶ Sicherheit und Ordnung, Recht und Freiheit
- ▶ Beste Bildung und Ausbildung
- ▶ Beste und wohnortnahe Gesundheitsversorgung, eine Kreisstadt mit Geburtshilfe und bessere Rettungszeiten
- ▶ Verkehrspolitik, die alle Teilnehmer berücksichtigt: das Auto ist nicht der Feind, sondern weiter notwendig!
- ▶ Bessere Infrastruktur für den ländlichen Raum (Straßen, Internet, Bahnanbindung)
- ▶ Versorgung des ländlichen Raums mit Ärzten, regionalen Einkaufsmöglichkeiten, Banken, usw. sicherstellen
- ▶ Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Ihr Kandidat im Wahlkreis 38
Johann Martel



Mehr Infos? Gerne!

2016 zog die AfD mit über 800.000 Stimmen erstmals in den Landtag von Baden-Württemberg ein.

Auf den Internetseiten unserer Abgeordneten und der Fraktion finden Sie zahlreiche der sachlichen und konstruktiven Anträge, die Reden und Pressemitteilungen. Zudem gibt es dort weitere Informationen, wie PDF-Dokumente zu den Arbeitskreisen, Ausschüssen und Anträgen.

Auf der **Internetseite des Kreisverbandes** finden Sie unsere Wahlprogramme. Zudem bekommen Sie Flyer zu ausgewählten Themen.



www.afd-nok.de

Was bewirkt Ihre Stimme?

Natürlich benötigt eine Regierung eine Mehrheit, also über 50%. Doch auch eine starke Opposition ist wichtig und mächtig. Abgeordnete können mit ihrem Fragerecht gegenüber der Regierung Skandale aufdecken, wie schon geschehen.

Im Bundestag und Landtag können Untersuchungsausschüsse oder Enquete-Kommissionen mit **25%** der Abgeordneten eingesetzt werden. Auch wenn die EU ihre Kompetenzen überschreitet muss der Bundestag Subsidiaritätsklage gegen sie erheben, wenn es **25%** der Abgeordneten wollen. Zudem können **25%** der Bundestagsabgeordneten ein Gesetz vom Bundesverfassungsgericht überprüfen lassen.

So konnte die AfD in Sachsen-Anhalt z.B. eine Enquete-Kommission zum Linksextremismus einsetzen. Sehr zum Ärger der darin verstrickten Parteien.

Bitte beachten Sie, besonders bzgl. tagesaktuellen Themen wie „Corona“ den

Druckschluss:
10.02.2021

Jetzt Parteimitglied werden!

www.afd.de/mitglied

SPENDENKONTO

Wir brauchen Ihre Unterstützung!

Empfänger: **AfD Neckar-Odenwald**
IBAN: **DE06 6746 0041 0033 0023 00**
Verwendungszweck: **Spende Wahlkampf**

Bitte geben Sie zusätzlich im Verwendungszweck Ihre Adresse an, wenn Sie eine Quittung für die Steuererklärung möchten!

Impressum:

AfD Kreisverband Neckar-Odenwald
Postfach 1505, 74803 Mosbach
Kreisvorsitzender **Johann Martel**
An den Hofäckern 19, 74731 Walldürn
johann.martel@afd-bw.de

Transparenzhinweis: Dieses Infoheft entstand in Zusammenarbeit mit dem Kreisverband Heilbronn und dessen Kreisvorsitzenden Dr. Rainer Podeswa und Carola Wolle.